

Die Herabsetzung der Mehlpreise.

Die Absicht der Regierung.

Wie wir aus Rathauskreisen erfahren, dürfte die Regierung die Mehlausmahlung in der Weise abändern, daß mehr Rogmehl und weniger Brotmehl ausgemahlen wird. Die Entscheidung über die ganze Angelegenheit wird heute im Ministerrat fallen.

Bericht in der Obmännerkonferenz.

Die am 2. d. bekanntgewordene Verordnung, mit der eine sehr bedeutende Verteuerung des Mehles in Kraft trat, hat einen energischen Protest der Gemeinde Wien hervorgerufen, der in einer Mittwoch einberufenen Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien zum Ausdruck kam. Die Konferenz beschloß, bei der Regierung wegen der Zurücknahme der Verordnung Schritte zu unternehmen, und wurde auf heute vertagt.

Heute wurde nun die Sitzung zu Ende geführt. Die Obmännerkonferenz, der die Sachreferenten des Magistrats beizwohnten, fand im Rauchsalon des Bürgermeisters statt, begann um 10 Uhr vormittags und dauerte bis gegen 1 Uhr. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete über seine gestrige Audienz beim Ministerpräsidenten, bei der ihm die Gemeinderäte Dr. Hein, Reumann und Steiner begleiteten, Bericht, und teilte mit, daß der Ministerpräsident die Zusage machte, die Wünsche der Gemeinde Wien auf Aufhebung der neuen, hohen Mehlpreise und Uebernahme des Defizits der Kriegsgetreideverkehrsanstalt auf die Staatskasse von der Regierung in Erwägung ziehen zu lassen. Die Gemeinderäte Dr. Hein und Reumann schilderten hierauf ihre Eindrücke. Sie gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Regierung die neue Mehlpreisverordnung zurückziehen werde. Nach der Zusage des Ministerpräsidenten sei eine Milderung der Ausmahlung und damit eine Milderung der Mehlpreise zu erwarten. Die Protestaktion der Gemeinde Wien sei voraussichtlich von großem Erfolg begleitet, denn durch sie werde die Bevölkerung von einer schweren Belastung bewahrt bleiben. Die Parteienvertreter in der Obmännerkonferenz, an der Oberkurator Steiner nicht teilnahm, sprachen den Herren, die beim Ministerpräsidenten intervenierten, den Dank aus.

Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich weiter mit den am Mittwoch unerledigt gebliebenen Referaten. Unter anderem wurde die Stellungnahme der Gemeinde zu den neuen Verordnungen über die Erbschaftsgebühren, mit denen die städtischen Fonds gefährdet werden, besprochen. Ueber die Obmännerkonferenz wird abends ein offizielles Communiqué ausgegeben werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begab sich nach der Erörterung der Mehlangelegenheit in den Stadtratssitzungssaal, wo eine Stadtratssitzung stattfand.

Dr. Weiskirchner über die Bevorzugung Ungarns.

Auf der Landstraße sprach gestern in einer Versammlung Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Mehfrage und führte unter anderem aus: Unsere liebe Reichshälfte von Trans hat ihr Separattischerl und das andere Tischerl heißt Oesterreich. Auf dem ungarischen Tischerl, sagt Graf Tisza, muß der Ungar in Mehl und Brot eine größere Nation kriegen, der Oesterreicher kann eine kleinere essen. Es sollte doch der liebe Nachbar uns auch etwas schicken. Seit Wochen kommen keine Anlieferungen aus Ungarn, jetzt werden wir sehen, ob Anlieferungen aus Rumänien kommen. Mit diesen hat die Regierung die Mehlpreiserhöhung begründet. Ich muß aufrichtig sagen: Es ist gewiß begründet, daß ein Privatmann, wenn er teuer einkauft, auch teurer, und zwar noch mit seinem bürgerlichen Gewinn verkauft. Aber das trifft nur dann zu, wenn freier Handel und Verkehr voll und ganz im Gange sind. Wenn aber ein

staatliches Getreidemonopol besteht, wenn Mehl gleichsam trafikweise verkauft wird, dann hat die Preiserhöhung ihre Grenzen, nämlich dort, wo die Bevölkerung, wenn auch schwer, noch in der Lage ist, den Preis für ein Lebensmittel zu zahlen. Dann muß die Regierung noch eine andere Tatsache berücksichtigen. Es ist neben den Kartoffeln das Mehl das eigentliche Nahrungsmittel geworden. Reiche Armeelieferanten usw. können von Beafsteaks, Kaviar usw. leben, aber nicht eine Familie des Mittelstandes. Es ergibt sich die Notwendigkeit, mit der Erhöhung der Preise bei der von mir gekennzeichneten Höhe einzuhalten. Da lautet die Antwort: „Da wird die Kriegsgetreideverkehrsanstalt Verluste haben.“ Bitte, sie hat Verluste. Der Krieg kostet täglich sovielle Millionen. So soll das als Kriegsauslage zugerechnet werden. Der Herr Ministerpräsident hat mir zum Schluß erklärt, er werde einen Ministerrat einberufen und die Verordnung einer neuerlichen Prüfung unterziehen, wobei die Argumente, die die Vertreter der Stadt Wien vorgebracht haben, gewiß gebührende Beachtung finden werden.

Stellungnahme der Rohö.

In der Vorstandssitzung der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Rohö) wurde die ebenso unerwartete als unverständliche Verordnung betreffend die Mehlpreiserhöhung diskutiert. Seitens der Hausfrauen wurde festgestellt, daß diese Verordnung gerade jene Kreise besonders hart treffe, die ohnehin schon unter der enormen Teuerung schwer zu leiden haben; es sind dies die Familien der Fixbesoldeten und unter diesen die Familien, die Kinder haben, für die die Beschaffung der zureichenden Ernährung von Tag zu Tag ein unlösbares Rätsel wird. Auf die Frage, wovon sich breite Volksschichten jetzt überhaupt ernähren sollen, kann man nur mit

der traurigen Tatsache antworten: Kein Fett, keine Hülsenfrüchte, Fleisch zu Phantastepreisen, viel zu wenig Milch, mangelnder und teurer Zucker und äußerst eingeschränkter Brotverbrauch. Und nun auch unerschwingliches Mehl. Die Bedeutung des Mehles für die Haushaltungen wird seitens der Behörde leider sehr unterschätzt. Die Mehlspeise war das letzte Auskunftsmitglied, das den Müttern bei der Ernährung ihrer Kinder übriggeblieben war.